

Zahlen, Daten, Fakten

Zur Situation junger Geflüchteter



Foto: flickr/Rasande Tyska

Seit dem Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei im März 2016 sind deutlich weniger Geflüchtete in Deutschland angekommen und weniger Asylanträge gestellt worden als im Jahr davor. Das Abkommen zielte auf die Schließung der Balkanroute. Die Zustände in den

Hauptherkunftsländern wie der weiter anhaltende Krieg in Syrien haben sich unterdessen nicht verbessert. Die Schließung der Balkanroute zieht nach sich, dass das Mittelmeer wieder zur Hauptfluchtroute nach Europa geworden ist.

Wer stellt in Deutschland einen Asylantrag und woher kommen die Menschen?

Menschen, die 2015 und im laufenden Jahr 2016 in Deutschland Asyl suchten, stammen aus nahezu allen Altersgruppen: Die Mehrheit der Asylbewerber*innen ist jünger als 40 Jahre. Die größte Gruppe sind Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Aufgeteilt nach Altersgruppen verteilen sich die in 2016 gestellten 722.370 Asylanträge (Erstanträge) folgendermaßen:

30 Prozent: 0 – 15 Jahre

6 Prozent: 16 – 17 Jahre

24 Prozent: 18 – 24 Jahre

14 Prozent: 25 – 29 Jahre

10 Prozent: 30 – 34 Jahre

6 Prozent: 35 – 39 Jahre

10 Prozent: andere.

Insgesamt haben mehr Männer (66 Prozent) als Frauen (34 Prozent) einen Asylantrag gestellt. Die meisten Antragsteller*innen kamen 2015 aus Syrien, gefolgt von Albanien, Kosovo, Afghanistan und Irak. Zählt man die Anträge aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 zusammen ergeben sich die Top-Herkunftsländer:

Sonstige: 61.134 Anträge

Syrien: 39.332 Anträge

Serbien: 17.172 Anträge

Eritrea: 13.198 Anträge

Afghanistan: 9.115 Anträge

Albanien: 7.865 Anträge

Kosovo: 6.908 Anträge

Mazedonien: 5.614 Anträge

Irak: 5.345 Anträge

Pakistan: 3.968 Anträge.

Asylsuchende, die 2015 und 2016 (bis Mai) im EASY registriert wurden, kommen in erster Linie aus Syrien, Afghanistan und dem Irak.

Wie ist die Situation der (unbegleiteten) minderjährigen und jungen Geflüchteten?

In Deutschland stammt der überwiegende Teil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und dem Irak. Unter den begleiteten jungen Menschen stammen große Teile aus Syrien, dem Irak und Afghanistan (BAMF 2015): Bei den minderjährigen Asylantragsteller*innen ist von den unter 16-Jährigen knapp die Hälfte weiblich. Geringer fällt der Anteil der weiblichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus: Acht Prozent (Kinder- und Jugendhilfestatistik 2015). Zum Stichtag 29.02.2016 befanden sich rund 69.000 unbegleitete minderjährige und junge volljährige Flüchtlinge in Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Nicht ersichtlich ist die Zahl der Minderjährigen, die keine Leistungen der Jugendhilfe erhalten, etwa weil sie in Notunterkünften, Gemeinschaftsunterkünften oder bei Verwandten untergebracht werden. Nach Angaben der Bundesregierung (Drucksache 18/9483, Dez. 2016) leben über 645.000 junge

Geflüchtete bis zu einem Alter von 27 Jahren in Deutschland. Am Stichtag 31.07.2016 entfallen auf die Altersgruppe bis zu 2 Jahren 46.153 Kinder, auf die Altersgruppe von 3 bis 5 Jahre 55.505 und auf die Altersgruppe von 6 bis 9 Jahre 68.653 Kinder. In der Altersgruppe der 10 bis 15 Jahre alten Kinder und Jugendlichen waren 93.703 Personen registriert, in der Altersgruppe von 16 bis 17 Jahre 49.788 und in der Altersgruppe der 18 – 20-Jährigen 98.703 Personen. Hinzu kommen, dem Bericht zufolge, 233.496 junge Geflüchtete im Alter zwischen 21 und 27 Jahren.

In Deutschland leben zurzeit etwa 50.000 studieninteressierte und studierfähige Geflüchtete. Viele Studierendeninitiativen, darunter auch die ESGn, unterstützen an den Universitäten Geflüchtete, die studieren möchten mit einem vielfältigen Angebot: vom Sprachcafé über Buddy-Programme bis zur Refugee Law Clinic.

Warum fliehen Kinder, Jugendliche und Erwachsene?

Ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Anzahl der Geflüchteten ist weiterhin der Bürgerkrieg in Syrien, der abgesehen von einzelnen Stunden und Tagen der Waffenruhe bisher nicht gestoppt ist. Mittlerweile haben die Geflüchteten die Hoffnung auf eine

baldige Rückkehr und schnelle Besserung der Situation verloren. Das Ausmaß der Zerstörung in Syrien ist riesengroß. Das Assad-Regime hat mit seinen Bomben Schneisen der Verwüstung hinterlassen und der „Islamische Staat“ (IS) hat eine Terrorherrschaft

aufgebaut, die auch viele Iraker*innen im Nachbarland zur Flucht zwingt.

Aus Eritrea fliehen Menschen, weil sie in einer der repressivsten Diktaturen der Welt leben. Bürgerrechte, Meinungsfreiheit oder gar Wahlen gibt es nicht. Willkürliche Internierung in Straflagern, sogar Erdlöchern oder Schiffscontainern sind dokumentiert. Der Militärdienst beginnt mit dem letzten Schuljahr, bis zum Alter von 50 Jahren gelten alle Männer als Reservisten, die jederzeit als Milizionäre oder Zwangsarbeiter verpflichtet werden können. Viele Asylsuchende kamen 2015 auch aus den Balkanstaaten. Im Februar waren es überwiegend Kosovo-Albaner. Kurz zuvor hatten sich in deren Land die beiden

Fluchtbewegungen weltweit

Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR) sind 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Die meisten Menschen davon fliehen aus Syrien, Afghanistan, Somalia und Eritrea. Mehr als 38 Millionen von ihnen sind sogenannte Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb eines Landes vertrieben wurden. Auch die meisten der Armut- und Klimaflüchtlinge suchen meist nicht weit entfernt von ihren Herkunftsorten nach angemessenen Lebensumständen. Sie wandern ab in die Slums der größeren Städte oder bleiben in der Region. Allein in Südafrika sollen sich sieben Millionen Migrant*innen ohne Papiere aufhalten – das sind mehr als in ganz Europa, wo zehnmal so viele Menschen

eigentlich tief verfeindeten großen Parteien zu einer Regierung zusammengefunden. Das werteten die Menschen als Zeichen, dass die politische Klasse das Land weiter ausbeuten wolle und an eine Besserung der sozialen Lage nicht zu denken ist. Ähnlich gelagert ist die Situation in Mazedonien, Serbien und Bosnien. Besonders aus Serbien und Mazedonien fliehen vor allem Roma, die dort massiv diskriminiert werden, sich in prekären Lebenssituationen befinden, lebensbedrohlicher Gewalt ausgesetzt sind oder einfach systematisch ausgegrenzt werden durch benachteiligten Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsangeboten sowie zum Arbeitsmarkt und damit finanzieller Sicherheit.

leben (medico international). Nie zuvor waren so viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Der UNHCR zählt aber nur diejenigen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung geflohen und entsprechend registriert worden sind. Hinzu kommen jene, die aufgrund ökologischer Krisen wie Dürrekatastrophen oder Überschwemmungen ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Den größten Anteil an der gegenwärtigen globalen Migration haben Menschen, die eine Mischung aus Armut, Ausbeutung, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zur Flucht bewegt. Sie sind auf der Suche nach einem besseren Leben und wollen sich nicht damit abfinden, keine Perspektive zu haben und sozial ausgeschlossen zu sein.

Wie stellt sich die Situation in Deutschland dar?

Obwohl die Zahl der in Deutschland angekommenen Geflüchteten im Jahr 2015 stark gestiegen ist, stellen diese nach wie vor nur einen kleinen Teil der weltweit flüchtenden und migrierenden Menschen dar. Die meisten finden Zuflucht in den Ländern des Südens. Allein der Libanon hat zwischen eine und zwei Millionen Syrer*innen aufgenommen. Mindestens ein Fünftel der Bevölkerung sind jetzt Flüchtlinge. Zum Vergleich: Deutschland müsste mehr als 20 Millionen Menschen aufnehmen, um auf ein solches Verhältnis zu kommen. Asylrechtsverschärfungen wie Asylschnellverfahren, Verschärfung der Residenzpflicht und Leistungskürzungen für Asylsuchende spiegeln eine politisch gewollte

Kultur der Abschreckung wider. Das Festlegen mancher krisenhafter Länder als „sichere Herkunftsländer“ wie zum Beispiel Afghanistan verschärft die Situation noch. Denn so können Menschen aus diesen Ländern ohne weiteres abgeschoben werden. Die Art und Weise wie geflüchtete Menschen untergebracht werden, ob in Massenunterkünften oder in Wohnungen, ist Ausdruck des politischen Willens. Hier zeigt sich, ob Geflüchtete Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht werden soll. 2016 kamen 722.370 registrierte Geflüchtete in Deutschland an. Die Gesamtzahl der in Deutschland gestellten Asylanträge betrug 2015: 476.649 und 2016: 745.545.

Wie geht Europa mit geflüchteten Menschen um?

Mit dem sogenannten „Türkei-Deal“ (EU-Türkei-Abkommen), der im März 2016 geschlossen wurde, hat Europa seine Grenzen für geflüchtete Menschen größtenteils dicht gemacht, sodass es zurzeit für Geflohene äußerst schwer ist, sicher nach Europa zu gelangen. Durch das Schließen der Grenzen kamen faktisch weniger Menschen nach Deutschland (im 1. Quartal 2017 wurden nur 60.157 Asylanträge gestellt). Dies bedeutet jedoch nicht, dass weniger Menschen auf der Flucht sind. Viele von ihnen stranden und sterben vor den Toren Europas. Die EU versucht, ihre Grenzen hermetisch abzuriegeln. An einigen Grenzabschnitten haben die Nationalstaaten meterhohe Stacheldrahtzäune errichtet; an anderen Abschnitten kommt die EU-Grenzschutzagentur Frontex zum Einsatz.

Letztlich sorgen die kostspieligen Investitionen vor allem dafür, dass die Fluchtwege für Schutzsuchende riskanter und teurer werden. Neben dem Abkommen mit der Türkei verhandelt die EU mit Drittstaaten in Nordafrika, Osteuropa, deren Regierungen sie als eine Art Türsteher einsetzt, um Flüchtlinge abzuwehren, lange bevor sie die Grenzen der EU erreichen. Diese Verhandlungen werden auch mit autoritären Staaten oder Diktaturen geführt. Welcher EU-Staat für einen Asylsuchenden zuständig ist, ist in der Dublin-III-Verordnung festgelegt. Die Grundregel dieser Regelung bedeutet: Jener EU-Staat, der einen Flüchtling die EU hat betreten lassen, ist auch für ihn verantwortlich. Die EU-Regelung schiebt damit die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz an EU-Randstaaten ab. Und motiviert sie, Geflüchtete an den Grenzen abzuwehren. Oder so schlecht zu behandeln,

dass sie in andere EU-Staaten weiterfliehen. Die Folge: Geflüchtete irren durch Europa und werden hin- und hergeschoben. In der Praxis ist das Dublin-System gescheitert. Doch eine Einigung über ein alternatives Modell ist nicht in Sicht.

Griechenland gehört seit Jahren zu den EU-Staaten, in denen Geflüchtete zuerst EU-Territorium betreten. Gemäß der Dublin-Verordnung ist Griechenland daher für alle Schutzsuchenden verantwortlich, die an den griechischen Küsten anlanden – theoretisch. Denn seit Jahren sind die Lebensbedingungen dort so eklatant menschenunwürdig, dass andere EU-Staaten Geflüchteten zumindest nicht mehr nach Griechenland zurückschieben dürfen; das gleiche gilt jetzt auch für Ungarn.

In vielen EU-Staaten befeuern Politiker*innen rassistische Ressentiments, um sich als

Flucht über das Mittelmeer

Im Dezember 2015 wurde von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) festgestellt, dass die Gesamtzahl der über das Mittelmeer geflohenen Menschen auf mehr als 870.000 angestiegen ist. Im Mittelmeer sind im Jahr 2015 annähernd 3650 Menschen umgekommen. Rund ein Drittel (28 Prozent) davon waren laut UNICEF und IOM Mädchen und Jungen im Alter bis zu 17 Jahren. Fünf Prozent waren jünger als zwei Jahre. Im Jahre 2016 ermittelte der UNHCR (Stand: 29.12.) 5.022 tote Geflüchtete im Mittelmeer. Die Organisation Ärzte ohne Gesetzesverschärfungen in Deutschland

Wahrer nationaler Interessen zu inszenieren. Diese Politik gefährdet Menschen- und Flüchtlingsrechte – und längst auch den Zusammenhalt der EU. Die EU – ein Bund aus 28 Staaten bzw. ohne Großbritannien 27 Staaten, mit insgesamt 510 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 15 Billionen Euro – ist 2015 nicht wegen einer Million Schutzsuchender in die so genannte »Flüchtlingskrise« geraten – sondern aufgrund der Fliehkräfte immer weiter um sich greifender nationalistischer und rassistischer Tendenzen. Rassismus und Populismus sind verantwortlich für die »Flüchtlingskrise« der EU. Nicht die Geflüchteten. Es ist daher dringend notwendig, legale und sichere Zugangswege nach Europa zu schaffen und zu etablieren.

Grenzen (MSF) berechnete, dass [2016 jeder 41. Geflüchtete bei der Bootsüberfahrt](#) nach Italien ums Leben gekommen sei. 2015 war es lediglich jeder 276. Die meisten Menschen starben auf der Fluchtroute über das zentrale Mittelmeer. Die Fluchtrouten auf dem Mittelmeer haben sich verlagert. Nur noch wenige Menschen gelangen von der Türkei aus über die Ägäis nach Griechenland. Dafür wagen wieder - wie schon vor dem Jahr 2015 - mehr Menschen die Fahrt von Nordafrika aus nach Europa.

Es wurden Gesetzesverschärfungen im Asylrecht beschlossen

Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz (Asylpaket I) – 23. Oktober 2015, siehe:

<https://www.proasyl.de/hintergrund/asylpaket-i-in-kraft-ueberblick-ueber-die-ab-heute-geltenden-asylrechtlichen-aenderungen/>

Gesetz zu Beschleunigung von Asylverfahren (Asylpaket II) – 17. März 2016, siehe:

<https://www.proasyl.de/hintergrund/asylpaket-ii-in-kraft-ueberblick-ueber-die-geltenden-asylrechtlichen-aenderungen/>

Gesetzesentwurf: Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht - 22. Februar 2017, siehe:

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-besseren-durchsetzung-der-ausreisepflicht/>

sozial.räumlich.wirken.

Jugendpolitisches Fachforum: Integration junger Geflüchteter

[Die Tagungsdokumentation herunterladen](#)

[Das Jugendpolitisches Impulspapier herunterladen](#)

Zusammengestellt von

Doris Klingenhagen, aej

Referentin für Europäische Jugendpolitik und Integration/Migration

E-Mail: dk@aej-online.de

Corinna Hirschberg, ESG

Bundesstudierendenpfarrerin

E-Mail: ch@bundes-esg.de

Hannover, Mai 2017